ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gumpel, Werner

Article — Digitized Version

Inflationäre Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gumpel, Werner (1976) : Inflationäre Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 3, pp. 147-151

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134930

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

tätenproblem. Mit Appellen sollen nun die noch vorhandenen Reserven aktiviert werden. Die Zuwachsraten für den Konsumsektor sind daher nach Brešnev als Mindestwerte anzusehen, die in den Jahrplänen entsprechend nach oben zu korrigieren sind. Entscheidend wäre aber, ob die von Brešnev zum Ausdruck gebrachte Bedeutung des Konsumgütersektors auch Allgemeingut im Präferenzsystem der Sowjetwirtschaft und in der Planungs- und Leitungshierarchie wird. Dagegen sprechen jedoch die Direktiven für den X. Fünfjahrplan.

Da vor allem im Planungs- und Leitungsmechanismus noch keine durchgreifenden Maßnahmen zur Problembewältigung sichtbar sind, sondern eher der Eindruck entsteht, daß die einst größeren Freiheitsgrade der Betriebe durch stärkere Planbindung auch offiziell wieder eingeschränkt werden, ist eine wesentliche Effizienzsteigerung der Sowjetwirtschaft wohl kaum zu erwarten. Daher kann geschlossen werden, daß sich die Wachstumsraten weiter abschwächen werden, doch dürfte diese Entwicklung kaum krisenhafte Formen annehmen.

Inflationäre Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten

Werner Gumpel, München

Die inflationären Entwicklungen des letzten Jahrzehnts beschränkten sich nicht auf die Volkswirtschaften der marktwirtschaftlich orientierten Länder des Westens. Auch in den RGW-Ländern sind besonders in den letzten zwei bis drei Jahren Preissteigerungstendenzen festzustellen, so daß neben der bisher nur durch gewisse Symptome (z. B. Käuferschlangen vor Konsumgütergeschäften) nach außen erkennbaren versteckten Inflation in immer stärkerem Maße auch eine offene Inflation zutage tritt.

Die inflationären Erscheinungen in den sozialistischen Staaten haben mehrere Ursachen. Wie in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften ist dabei die „hausgemachte" Inflation von der „importierten" zu unterscheiden.

Rein theoretisch können zwar („hausgemachte") inflationäre Entwicklungen bei Planwirtschaften ausgeschlossen werden. Geld- und Warenumlauf werden geplant, monetäres und güterwirtschaftliches Gleichgewicht können als Plankennziffern für eine Planperiode sichergestellt werden. Da es einen Investitionsgütermarkt nicht gibt und die Preise für Investitionsgüter zentral dekretiert werden, sind auf diesem Sektor (soweit es sich nicht um Spezialanfertigungen handelt) Preissteigerungen leicht zu vermeiden. Sie werden nur im Rahmen dessen eintreten, was die zentrale Preisbehörde in Verbindung mit der Staatlichen Plankommission für notwendig und zulässig erachtet. Die Nachfrage nach Investitionsgütern ist auf jenes Maß beschränkt, das im Plan vorgesehen ist. Eine Art Bezugscheinsystem sorgt dafür, daß Angebot und Nachfrage auf diesem Sektor ausgeglichen sind.

Allerdings hat sich in allen sozialistischen Ländern ein *Markt für gebrauchte Investitionsgüter* (einschließlich Last- und Personenkraftwagen) entwickelt, der von den Käufern vor allem dazu benutzt wird, wegen Schäden ausgefallene Maschinen, ohne die der Plan nicht erfüllt werden könnte, zu ersetzen. Teilweise handelt es sich hier um einen Tauschmarkt, auf dem überschüssiges oder ausrangiertes Sachkapital der einen Unternehmung gegen solches einer anderen Unternehmung getauscht wird. Bei Barzahlung ergeben sich großenteils sehr hohe Preise, die über den staatlichen Schätzpreisen liegen. Sie treten jedoch häufig nicht zutage, sondern werden kaschiert. Auch bei Tauschgeschäften können durch Überbewertung bestimmter stark gefragter Güter hohe Preise realisiert werden.

Prof. Dr. Werner Gumpel, 45, ist Ordinarius für Wirtschaft und Gesellschaft Südeuropas sowie Vorstand des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Ost- und Südeuropas der Universität München.

Im Investitionsgüterbereich treten inflationäre Entwicklungen daher nur auf dem Gebrauchtgütermarkt auf, der seinen sichtbaren Ausdruck vor allem im Anzeigenteil der wöchentlich erscheinenden Wirtschaftszeitschriften der östlichen Staaten findet. Eine Quantifizierung des Inflationsausmaßes ist nicht möglich.

Der *Konsumgütermarkt* ist nur insofern ein Markt in der bei uns gebräuchlichen Definition, als sich Angebot und Nachfrage treffen. Weder die Produzenten, noch die Konsumenten haben (wenn man die Sonderregelungen des neuen ungarischen Wirtschaftsmechanismus ausklammert) einen Einfluß auf das Angebotsvolumen. Da freie Konsumwahl herrscht und die Nachfrage nicht geplant werden kann, treten hier sektoral und von Gut zu Gut erhebliche Engpässe auf. Im marktwirtschaftlichen System würde sich hier eine nachfrageinduzierte Inflation ergeben. Da die Preise jedoch vom Staat fixiert sind, findet die überschüssige Nachfrage in ihnen keinen Ausdruck. Dennoch sind gewisse Indikatoren vorhanden, die Auskunft über das wahre güterwirtschaftliche Gleichgewicht geben. Es handelt sich um die Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit freier Preisbildung („Kolchosmärkte") und die „schwarzen Märkte", die sich in allen sozialistischen Staaten gebildet haben. Auch hier sind selbstverständlich objektive Quantifizierungen außerordentlich schwierig und problematisch.

Durch die *zentrale Preisbildung* bleibt die Inflation in den sozialistischen Staaten daher weitgehend versteckt.

Ursachen der hausgemachten Inflation

Ursächlich für die „hausgemachte" Inflation ist die starke *Geldmengenvermehrung,* wie sie besonders in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung in der UdSSR und in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten in den anderen sozialistischen Staaten zu beobachten war. Ein großer Teil der Industrialisierung wurde über Geldschöpfung finanziert. Zur Senkung der kaufkräftigen Nachfrage dienten und dienen hohe Verbrauchsteuern (differenzierte Umsatzsteuer), Geld- und Währungsschnitte sowie Geldumtauschaktionen, die zu einer nicht unbeträchtlichen Geldvernichtung führten. Hohe Sparquoten in den sozialistischen Staaten zeigen, daß auch heute noch ein beträchtlicher Geldüberhang existiert.

Ein weiterer inflationärer Faktor in den sozialistischen Staaten sind die auch dort nicht mehr vermeidbaren *Lohnsteigerungen.* Wo Lohnsteigerungen vermieden werden können, wie in der Volksrepublik China, gelingt es auch, die Preise für Konsumgüter für lange Zeiträume stabil zu halten. In der UdSSR und in den osteuropäischen Ländern wurden über lange Jahre hinweg an die Stelle von Lohnerhöhungen Preissenkungen gesetzt, wobei die letzteren nicht global erfolgten, sondern gezielt bei ganz bestimmten Erzeugnissen einsetzten. Dadurch wurde die Kaufkraft der Bevölkerung gehoben, gleichzeitig die Nachfrage in Bereiche gelenkt, die den staatlichen Zielvorstellungen entsprachen.

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten werden jedoch auch in den sozialistischen Staaten Lohnsteigerungen durchgeführt [1]), die zwar erheblich unter denen in den sogenannten kapitalistischen Staaten liegen, dennoch aber nicht immer durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden können. Die technologische Entwicklung im Ostblock hinkt erheblich hinter der in den westeuropäischen Industriestaaten her. Bei fixierten Abgabepreisen bleiben den Unternehmen unter diesen Bedingungen nur „Tricks", wie sie auch von westlichen Firmen gern angewendet werden: Neue Verpackungen mit geringerem Inhalt bei gleichbleibendem Preis oder neue Produktnamen bei gleichbleibender Produktqualität und höherem Preis (der genehmigt wird, weil es sich um ein „neues" Erzeugnis handelt) stellen einen Ausweg aus der Kostenklemme dar. Neue Produkte gehen in den sozialistischen Preisindex mit 100 Punkten ein und beeinflussen dementsprechend statistisch nicht das Preisniveau, ja sie wirken auf den Preisindex sogar stabilisierend. Wie „neu" die Produkte dabei wirklich sind, ist nicht maßgebend.

Quantifizierung der Preissteigerungen

Eine Quantifizierung der auf diese Weise entstandenen Preissteigerungen ist nur auf Umwegen möglich, z. B. über die Preissteigerungsindizes von Industrieunternehmen mit individueller Kalkulation. Hier werden für Ungarn Kostensteigerungsraten von 4,5 bis 9 % pro Jahr geschätzt [2]). Es handelt sich dabei um Schätzungen, die Mitte der sechziger Jahre begonnen haben. Sie dürften daher noch weitgehend frei sein von importbedingten Preissteigerungen. Da im allgemeinen der Produktivitätsfortschritt niedriger liegt als die hier genannten Kostensteigerungen, kann davon ausgegangen werden, daß zumindest ein Teil der Kostensteigerungen über die Preise weitergegeben wird, falls nicht staatliche Subventionen zur Verfügung stehen.

Einen guten Hinweis auf den *Geldwertschwund* in den sozialistischen Staaten geben die Preise für Immobilien, soweit diese frei gehandelt werden dürfen. So wird in der Tschechoslowakei Bauland

[1]) So hat sich z. B. in der UdSSR der durchschnittliche Monatslohn für die Arbeiter und Angestellten der Wirtschaft im Zeitraum von 1971–1975 um fast 20 % erhöht. Vgl. N. Rogovskij: Planirovanie premial'nich fondov i ich ispol'zovanie (Die Planung der Prämienfonds und ihre Nutzung), in: Planovoe chozjajstvo (Moskau), Nr. 12/1975, S. 95.

[2]) Vgl. FAZ, Nr. 44 vom 21. Februar 1975.

für das Zehnfache der staatlichen Preise verkauft, in Ungarn beläuft sich die jährliche Teuerungsrate bei Baugrundstücken, Gärten, Familien- und Wochenendhäusern auf 15 bis 20 % [3]). Da eine die Preise treibende Auslandsnachfrage entfällt, sind die Preissteigerungen allein inlandsinduziert.

Importierte Inflation

Seit dem starken Anstieg der Inflationsraten in den westlichen Industrieländern und der Erhöhung der Weltpreise für Rohstoffe spielt in den sozialistischen Staaten auch die importierte Inflation eine wichtige Rolle.

Die westlichen Industriestaaten, insbesondere die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und Frankreich, sind wichtige Handelspartner der RGW-Staaten. Das Volumen des Güteraustauschs mit diesen Ländern ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen. Dabei ist die Güterstruktur dieses Handels so beschaffen, daß die sozialistischen Staaten in erster Linie Maschinen und Anlagen importieren, ihr Export aber vorwiegend aus landwirtschaftlichen Produkten und aus Textilien, bei der Sowjetunion vorwiegend aus Rohstoffen besteht. Zwar ist der Anteil von Maschinen und Anlagen an der Ausfuhr in den vergangenen Jahren angestiegen, sie treten aber nach wie vor gegenüber den anderen Exportprodukten in den Hintergrund.

Das bedeutet, daß (die Sowjetunion ausgenommen) die sozialistischen Staaten bei nicht im gleichen Maße zunehmenden oder sogar stagnierenden Preisen für Exportgüter steigende Preise für Importgüter hinnehmen müssen, so daß sich ihre „terms of trade" verschlechtern. Dort, wo es der Markt zuläßt, erhöhen zwar auch die RGW-Staaten ihre Ausfuhrpreise. Doch gelingt dies nur in relativ geringem Umfang, da der Absatz von Maschinen und Anlagen sowie von industriellen Konsumgütern im Westen wegen der nach wie vor bestehenden Qualitätsbarriere nur beschränkt möglich ist. Bei gleichbleibenden Importmengen steigen dementsprechend die Defizite in der Handelsbilanz, die nur über Kredite ausgeglichen werden können.

Außenhandelsmonopol als Schleusenmechanismus

Steigende bzw. instabile Preise belasten eine Planwirtschaft besonders stark, weil sie die Stabilität der Planung gefährden. Für Planung und Planerfüllung ist es erforderlich, daß die wirtschaftlichen Daten auf möglichst lange Fristen unverändert bleiben. Dieses Ziel kann durch weitgehende Isolierung von den Auslandsmärkten bzw. eine Beschränkung des Handels auf planwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften erreicht werden. Bei dem Autarkiestreben der RGW-Staaten in der Vergangenheit hat dieser Aspekt eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

Mit dem Wiedereintritt in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, auch wenn dieser nur in begrenztem Maße erfolgt ist, müssen die Planwirtschaften des Ostens auch den „anarchischen" Preismechanismus des kapitalistischen Weltmarkts in Kauf nehmen. Um Störungen auf die eigene Wirtschaft, besonders aber auf Planung und Planerfüllung auszuschließen, bauten sie mit Hilfe des Außenhandelsmonopols einen „Schleusenmechanismus" in ihre Außenhandelsorganisation ein: Sie trennten die Binnen- von den Außenpreisen und subventionierten Exportverluste in einem Bereich mit den Exportgewinnen, die in anderen Bereichen erzielt werden konnten. Zu diesem Zweck wurden *Ausgleichsfonds* geschaffen, die teilweise aus dem Staatshaushalt gespeist wurden.

Subvention des Außenhandels

In der Vergangenheit dienten diese Ausgleichsfonds vor allem zur Subventionierung der Exporte, da die eigenen Erzeugnisse wegen ihrer technischen Rückständigkeit und Qualitätsmängel auf

[3]) Ebenda.

UFR 2/73

Die junge Rama.
Voller Geschmack und Vitamine.

den Außenmärkten häufig nur unter den Gestehungskosten verkäuflich waren. So subventionierte Ungarn im Jahre 1968 65,3 % seiner Exporte in die westlichen Länder, 1971 waren es immerhin noch 60,9 %. Aber auch die Ausfuhren in die RGW-Staaten erfolgten häufig unter den Gestehungskosten, denn 1968 wurden auch 61 % der Exporte in die sozialistischen Länder subventioniert, 1971 noch immer 41 % [4]).

Seitdem der Preisanstieg in den westlichen Industrieländern an Tempo und Ausmaß zugenommen hat, müssen in immer größerem Maße auch die Importe aus dem Staatshaushalt subventioniert werden, wenn der Plan nicht gestört werden soll. Würde der Staat auf solche Subventionen verzichten, müßten die Preissteigerungen für Importgüter nämlich an die inländischen Käufer weitergegeben werden, die wiederum zu einer Abwälzung auf die Endverbraucher gezwungen wären.

Die sprunghaft angestiegenen Außenhandelsumsätze im Westhandel und die von den RGW-Ländern, insbesondere von der UdSSR parallel zu den Preiserhöhungen am Weltmarkt durchgeführten Preissteigerungen überfordern zunehmend die einzelnen Staatshaushalte. Die „Schleuse" der Ausgleichsfonds wird „gesprengt", und es bleibt nur noch die Möglichkeit, die Preiserhöhungen zumindest partiell weiterzugeben oder den Import aus dem Westen einzuschränken. Da die letztere Lösung wegen der beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der östlichen Volkswirtschaften dringend erforderlichen Investitionsgüter neuesten technologischen Standes nicht möglich ist, müssen Preissteigerungen im eigenen Bereich hingenommen werden.

Wie stark die Subventionierung der Importgüter die Staatshaushalte belastet, zeigen einige Zahlen. Ungarn gibt an, bereits im Jahre 1973 30 % der „Weltinflationsrate" und 1974 bereits 70 % derselben über den Staatshaushalt ausgeglichen zu haben. Das bedeutet, daß 9 % des Staatsetats für Import-Subventionen zur Verfügung stehen mußten [5]). Bei der Tschechoslowakei machte dieser Anteil 7 % aus [6]). Je nach dem Gewicht des Westhandels dürften die Werte für die anderen RGW-Länder ähnlich hoch liegen, im Falle Rumäniens sind sie wahrscheinlich sogar noch höher. Für 1975 kann mit einer nochmaligen Steigerung der importbedingten Belastungen des Staatshaushalts gerechnet werden.

Gegenmaßnahmen

Die sozialistischen Staaten begegnen den aufgezeigten Entwicklungen mit mehreren Maßnahmen:

a) Die Preise von Gütern mit hohem westlichem Importanteil werden erhöht. Der Grad der Preiserhöhungen ist, soweit er über die in den einzelnen Volkswirtschaftsplänen vorgesehenen Preissteigerungen hinausgeht, vom Zentralisationsgrad der einzelnen Volkswirtschaften abhängig. So hat sich Ungarn mit seinem im Vergleich zu den anderen RGW-Staaten stark dezentralisierten Wirtschaftssystem bereits 1974 zu punktuellen Preiserhöhungen entschlossen, die 1975 in noch viel stärkerem Maße fortgesetzt wurden. Auf Grund des elastischeren Preissystems sind Preiserhöhungen leichter vornehmbar und durchsetzbar. Es folgten vor allem Polen, aber auch die anderen RGW-Staaten.

b) Es werden Preiserhöhungen in Bereichen durchgeführt, die nicht importabhängig sind, die aber entweder zur Subventionierung anderer Sektoren dienen müssen oder deren Erzeugnisse für zusätzliche Exporte zur Verfügung stehen sollen, mit denen man die wachsenden Außenhandelsdefizite zu decken versucht.

c) Die sozialistischen Länder versuchen (worauf in anderem Zusammenhang hingewiesen wurde), für ihre Exportprodukte höhere Preise durchzusetzen, um damit die „terms of trade" zu verbessern. Das ist allerdings nur in beschränktem Maße möglich.

d) Die sozialistischen Länder, die mit einem System differenzierter Wechselkurse arbeiten, werten die Währungen ihrer Länder gegenüber den westlichen Industriestaaten auf, wobei die Aufwertungssätze gegenüber den Fremdwährungen eine unterschiedliche Höhe haben.

Erhöhung des allgemeinen Verbraucherpreisniveaus

Die unter a) und b) genannten Maßnahmen haben zu einer allgemeinen Steigerung des Verbraucherpreisniveaus geführt. Gingen die Planer in den sozialistischen Ländern in den vergangenen Jahren von jährlichen Preissteigerungsraten von 2 bis 3 % aus, so meldete Polen für 1974 offiziell 5 %. Ungarn erwartete für 1975 Industriepreissteigerungen von durchschnittlich 8 % [7]). Dieses Land hatte 1975 drei staatlich dekretierte Preiswellen zu verzeichnen, deren letzte Ende November die Erhöhung des Zuckerpreises um 50 % brachte. Weitere Preiserhöhungen sind für Januar und Juli 1976 geplant. Im Juli werden die Fleischpreise um 33 % erhöht werden. Im Agrarsektor Polens haben 1974 Preissteigerungen bis zu 35 % stattgefun-

[4]) Forgács Gáborné: Az exportgazdasagossag, a devizakitermelés és az állani visszatérités (Wirtschaftlichkeit des Exports, Devisenerwirtschaftung und staatliche Subventionen), in: Világgazdaság, Budapest 30. 3. 1972.

[5]) B. Csikos-Nagy: Auswirkungen der veränderten Energie- und Rohstoffsituation auf die ungarische Planwirtschaft, in: Marketing in Ungarn, Vierteljahresschrift der ungarischen Handelskammer Nr. 1/1975.

[6]) Eigene Berechnung und FAZ, Nr. 44 vom 21. 2. 1975.

[7]) Vgl.: Economic Survey of Europe in 1974, Part 1, New York 1975, S. 76.

den [8]). Die Preissteigerungen für Agrarprodukte gehen vor allem von dem Bestreben aus, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen zurückzudämmen, um mehr von diesen für Exportzwecke verfügbar zu haben. Die Erhöhung des Zuckerpreises dürfte allerdings zum großen Teil darauf zurückzuführen sein, daß Kuba sich seine Zuckerlieferungen in den RGW-Bereich jetzt höher bezahlen läßt.

Steigerung der Exportpreise

Was die unter c) genannte Erhöhung der Exportpreise betrifft, so wird diese nicht nur gegenüber den westlichen Partnern, sondern auch gegenüber den Partnern im RGW angewendet. Nachdem die RGW-Preise in der Vergangenheit entsprechend den Planungserfordernissen jeweils für fünf Jahre fixiert wurden, haben sie seit 1975 nur noch eine Geltungsdauer von einem Jahr. Seit diesem Jahr gilt bei der Preisbildung ein „System des gleitenden Durchschnitts", d. h. daß die Preise auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der vorangegangenen fünf Jahre jeweils für ein Jahr festgelegt werden. Durch die Verwendung der Weltmarktpreise als Basis für die Preise im Intra-RGW-Handel werden die Preissteigerungen des Westens ganz offiziell und mit Billigung der RGW-Organe in das RGW-System hineingetragen. Dadurch, daß die Berechnungsperiode fünf Jahre umfaßt, können zwischenzeitliche Preissenkungen auf den Weltmärkten, die bereits bei einigen Rohstoffen zu beobachten sind, nur mit Verzögerung wirksam werden, wodurch die Belastung der östlichen Volkswirtschaften länger als notwendig wirksam bleibt.

Besonders schwierig ist die Situation für die stark roh- und brennstoffabhängigen RGW-Länder. So muß Ungarn für Brennstoffe seit 1975 Preise an die UdSSR, Polen und die Tschechoslowakei entrichten, die im Schnitt um 52 % über denen des Jahres 1974 liegen. Ungarn erhöhte zwar die Preise für seine Exportgüter ebenfalls, so für Maschinen und Ausrüstungen um 15 %, für industrielle Konsumgüter um 19 % und für Agrarprodukte um 28 %; es konnte damit jedoch die stärker gestiegenen Importpreise für Roh- und Brennstoffe nicht kompensieren, so daß in den betreffenden Bereichen die Verbraucherpreise im Inland stark angehoben werden mußten [9]). Nachdem beispielsweise im Herbst 1974 die Preise für Öl, Kohle und Benzin um 16 bis 40 % [10]) erhöht worden waren, erfolgte im August 1975 eine nochmalige Preiserhöhung um 20 % [11]). Für Januar 1976 ist ein weiterer Preisstoß bei Erdölprodukten von 10–15 % angekündigt [12]).

Noch schlechter ist die Situation im Handel mit den nichtsozialistischen Staaten. Auch hier liegen Zahlen nur für Ungarn vor, das bekanntgab, daß sich die „terms of trade" im Handel mit westlichen Ländern im Jahre 1974 um 14,8 % verschlechterten, was einem Verlust von 20 Mrd. Forint gleichkomme [13]).

Im Hinblick auf die unter d) genannten Aufwertungen der Ostblock-Währungen ist festzustellen, daß dieses Instrument durchaus zweischneidig ist. Die mit einer Aufwertung verbundene Verteuerung der östlichen Erzeugnisse kann besonders bei der gegebenen konjunkturellen Situation in den westlichen Industriestaaten und bei den vorhandenen Substitutionsmöglichkeiten zu einem Rückgang der ausländischen Nachfrage führen und damit die Misere der östlichen Länder noch verstärken.

Verminderte Wachstumsvorstellungen

Die aus der Preisentwicklung resultierende Belastung der östlichen Volkswirtschaften führt dort zu allgemeinen Wachstumsverlusten. Nachdem bereits die vergangenen Jahre eine Abnahme der Wachstumsraten gebracht haben, gehen alle mit dem 1. Januar 1976 in Kraft getretenen Fünfjahrespläne von verminderten Wachstumsvorstellungen aus. Das zeigt sich sowohl beim Nationaleinkommen als auch in der industriellen Produktion. So sank die Steigerungsrate des Nationaleinkommens in der DDR von 6,3 % im Jahre 1974 auf 5,5 % 1975. 1976 wird sie nur noch 5,2 % betragen. Bei der industriellen Produktion lauten die entsprechenden Zahlen 7,4, 6,3 und 6,0 % [14]). In Ungarn sank die Wachstumsrate des Nationaleinkommens von 7 % im Jahre 1974 auf 5,5 % 1975. Für 1976 wird mit Stagnation gerechnet [15]). In der UdSSR belief sich das Wachstum der industriellen Produktion 1974 noch auf 8 %, für 1976 sieht der Plan nur noch 4,3 % vor [16]).

Es zeigt sich, daß die Volkswirtschaften des Ostens neben den ohnehin bestehenden zum großen Teil systembedingten Schwierigkeiten in immer größerem Maße *in die inflationäre Entwicklung der westlichen Industriestaaten verstrickt* werden, wozu das RGW-interne Preisbildungssystem nicht unerheblich beiträgt. Die hieraus resultierenden Folgen sind heute noch nicht voll überschaubar. Zweifellos dürften sie sich aber nicht allein auf das wirtschaftliche Wachstum beschränken, sondern auch neue Hemmnisse im Integrationsprozeß der sozialistischen Staaten mit sich bringen.

[8]) Vgl. B. Askanas und F. Levcik: Die Wirtschaft Osteuropas und der UdSSR im Jahre 1974, Sonderdruck des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche Nr. 3/1975.

[9]) Vgl. Neue Zürcher Zeitung Nr. 138 vom 18. Juni 1975.

[10]) Vgl. Neue Zürcher Zeitung Nr. 243 vom 4. Sept. 1974.

[11]) Vgl. Radio Free Europe Report, Hungarian Situation Report, Nr. 33 vom 5. Aug. 1975.

[12]) Vgl. FAZ Nr. 278 vom 1. Dez. 1975.

[13]) Vgl. Blick durch die Wirtschaft Nr. 279 vom 2. Dez. 1975.

[14]) Vgl. Economic Survey of Europe in 1974, Part I, S. 68.

[15]) Vgl. ebenda und Handelsblatt Nr. 234 vom 5./6. Dez. 1975 für 1975 und 1976.

[16]) Vgl. FAZ Nr. 280 vom 3. Dez. 1975 für 1975 und 1976.